

Eskalation der Justiz: Hinrichtungen, Zuschreibungsstrategien und erneute transnationale Zielsetzung

Neue Recherchen haben eine dramatische Neubewertung des Ausmaßes der Repression hervorgebracht. Die Sunday Times berichtet, dass während der jüngsten Unruhen bis zu 16.500 Iranerinnen und Iraner durch das Regime getötet worden sein könnten. Diese Zahlen lassen sich aufgrund unterbrochener Kommunikationswege und der systematischen Unterdrückung von Informationsflüssen durch den Staat bislang nicht unabhängig verifizieren. Dennoch ist bereits das Auftauchen einer derart hohen Schätzung von strategischer Bedeutung. Es signalisiert eine wachsende Wahrnehmung im Inneren wie im Ausland, dass die staatliche Reaktion eine Phase massiver tödlicher Gewalt erreicht hat.

Gleichzeitig kehrt der Internetzugang in Teilen des Landes schrittweise zurück. Dies darf jedoch nicht als Zeichen staatlicher Zurückhaltung missverstanden werden. Eine partielle Wiederherstellung kann zwei parallele Dynamiken widerspiegeln. Zum einen einen Rückgang der Intensität der Straßenproteste, der es dem Regime erlaubt, die unmittelbaren Kosten eines vollständigen Netzausfalls zu senken. Zum anderen verfolgt sie einen gezielten operativen Zweck, nämlich zu beobachten, welche Informationen nach außen dringen, zu identifizieren, wer Bildmaterial hochlädt, und die Netzwerke zu kartieren, die an der internationalen Verbreitung von Beweismaterial beteiligt sind. Die Rückkehr der Konnektivität ist somit keine rein technische Entwicklung, sondern deutet auf eine mögliche Verschiebung der Überwachungsstrategie hin, weg von pauschaler Verweigerung hin zu gezielter Identifikation und Zuschreibung.

Auf internationaler Ebene ist die Opposition in der Diaspora in eine Phase intensiver Mobilisierung eingetreten. In zahlreichen Ländern kommt es zu Demonstrationen. Symbolisch auffällig ist dabei die Dominanz der iranischen Nationalflagge sowie die breite Verwendung monarchiebezogener Bildsprache, darunter Darstellungen des Kronprinzen Reza Pahlavi, des verstorbenen Schahs und der ehemaligen Kaiserin. Dies ist nicht nur eine Frage politischer Symbolik, sondern beeinflusst unmittelbar die Bedrohungsanalyse des Regimes. Teheran interpretiert diese Versammlungen nicht als spontane Solidaritätsbekundungen, sondern als Teil eines umfassenderen Legitimitätskonflikts darüber, wer die politische Zukunft Irans repräsentiert.

Parallel dazu arbeitet der propagandistische Apparat des Regimes auf Hochtouren. Staatsnahe Medien und angeschlossene Kanäle veröffentlichen Bilder, Videosequenzen und Kurzformate, die die Unruhen als aus dem Ausland gesteuerte Operation darstellen. Demonstrierende werden als Terroristen bezeichnet, oppositionelle Netzwerke als fremdgelenkt diffamiert. Diese Narrative sind nicht bloße Kommunikation, sondern dienen der Vorablegitimation. Sie schaffen einen rechtlichen und politischen Deutungsrahmen, der Massenrepression normalisieren, den Kreis der Schuldigen ausweiten und sowohl die inländische als auch die internationale Öffentlichkeit auf Hinrichtungen und harte Urteile vorbereiten soll.

Das folgenreichste Signal geht inzwischen von der Justiz selbst aus. Der Leiter der iranischen Justiz, Gholam Hossein Mohseni Ejei, erklärte schriftlich:

„Wir werden die Verfolgung und strafrechtliche Ahndung der Verantwortlichen hinter den jüngsten Verbrechen nicht einstellen, weder vor inländischen Gerichten noch über internationale Kanäle. Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Führer des verfluchten zionistischen Regimes sowie alle weiteren Unterstützer und Förderer, die den an den jüngsten Ereignissen beteiligten Kriminellen und Terroristen Waffen und Propaganda zur Verfügung gestellt

haben, zählen zu den Schuldigen. Entsprechend dem Ausmaß und der Tragweite ihrer Verbrechen werden sie verfolgt, vor Gericht gestellt und bestraft.“

Gerne. Hier ist die **präzise, fachlich gehobene Übersetzung ins Deutsche**, analytisch journalistisch formuliert und konsequent ohne Bindestriche:

Diese Erklärung ist als doppelte Eskalation zu lesen. Auf innenpolitischer Ebene signalisiert sie eine justizielle Verschärfung, die auf Hinrichtungen hinausläuft und als Bestrafung für angebliche Verbrechen gegen die nationale Sicherheit und für Terrorismus gerahmt wird. Auf internationaler Ebene stellt sie eine Warnung dar, dass Teheran beabsichtigt, seine Verfolgung über die Grenzen Irans hinaus auszudehnen, indem ausländische politische Akteure und externe Unterstützer als kriminelle Mittäter dargestellt werden. In der Praxis korreliert eine solche Rhetorik historisch mit einem erhöhten Risiko für im Ausland lebende Iranerinnen und Iraner. Dazu zählen Einschüchterungskampagnen, Überwachung, die Nötigung von Familienangehörigen im Inland sowie gezielte Gewaltanwendung durch Mittelsmänner.

Ausblick: Mit dem Abklingen der Straßenproteste könnte sich die repressive Strategie des Regimes von sichtbarer Massenunterdrückung hin zu selektivem justiziellem Terror und transnationaler Zielsetzung verlagern. Sollten die Proteste fragmentiert bleiben und sich der Zugang zu digitalen Kommunikationsmitteln stabilisieren, ist der wahrscheinlichste nächste Schritt Teherans nicht Versöhnung, sondern eine kontrollierte Eskalation über die Gerichte, inszenierte Geständnisse und exemplarische Strafmaßnahmen, die der Wiederherstellung von Abschreckung dienen sollen. Das Signal Ejeis weist auf ein Regime hin, das nicht bloß reagiert, sondern aktiv die nächste Phase vorbereitet.

Zugleich wird der weitere Verlauf maßgeblich von der internationalen Haltung beeinflusst werden, insbesondere davon, ob zentrale westliche Akteure über bloße Erklärungen und symbolische Unterstützung hinausgehen. Präsident Trump hat ausdrücklich seine Bereitschaft signalisiert, die Führung in Teheran zu konfrontieren. Die entscheidende Variable ist nun, ob die internationale Gemeinschaft ihre Rhetorik in substantielles Handeln übersetzt, zur Unterstützung einer unbewaffneten Bevölkerung, die einer hochgerüsteten Diktatur gegenübersteht.